

Steuern und Finanzen - gerecht und solide

Beschluss des CSU-Parteivorstands

9./10. September 2016, Schwarzenfeld

Die Zeit ist reif für Steuersenkungen. Der Staat profitiert von steigenden Steuereinnahmen. Bund, Länder und Kommunen können bis zum Jahr 2020 mit insgesamt über 42 Milliarden Euro höheren Steuereinnahmen rechnen.

Wir sind die Partei, die den hart arbeitenden Menschen etwas davon zurückgibt. 2017 wird mit der Bundestagswahl eine Grundentscheidung gefällt: Auf der einen Seite die linken Parteien, SPD, Grüne und Linkspartei, die Steuersenkungen verhindern, neue Steuern einführen und bestehende Steuern erhöhen wollen. Auf der anderen Seite die bürgerlichen Parteien, die Leistung belohnen, Steuern senken und den Wohlstand mehren wollen. Die CSU wird 2017 die Spitze der Bewegung für Steuersenkungen und Leistungsgerechtigkeit sein.

Mehr Netto vom Brutto für Klein- und Mittelverdiener.

Das geltende Steuerrecht belastet Klein- und Mittelverdiener unfair. Wir wollen Geringverdiener und die Bezieher mittlerer Einkommen spürbar entlasten, indem wir den Steuertarif abflachen und damit eine Entlastung von 10 Milliarden Euro pro Jahr erzeugen. Für eine Durchschnittsfamilie (mit einem Kind und 40.000 Euro Jahreseinkommen) ergibt sich eine jährliche Entlastung von 300 Euro. Zusätzlich wollen wir eine Erhöhung des Grundfreibetrags. Langfristig wollen wir die Mittelschicht durch die Einführung eines durchgehend linear-progressiven Steuertarifs dauerhaft entlasten.

Der Soli gehört abgeschafft.

Der Solidaritätszuschlag erfüllt mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr seinen Zweck. Deshalb muss er nach Auslaufen des Solidarpakts II 2019 abgeschafft werden. Wir wollen ihn innerhalb von fünf Jahren kontinuierlich auf Null reduzieren. Die Abschaffung des Soli ist die größte Steuersenkung aller Zeiten.

Wir beseitigen die kalte Progression dauerhaft.

Es darf nicht sein, dass der Staat Hauptprofiteur von Lohnerhöhungen ist. Wir wollen, dass den arbeitenden Menschen mehr von ihren wohlverdienten Lohnsteigerungen bleibt. Als Einstieg hat der Bundestag 2016 einmalig beschlossen, den Effekt zu beseitigen. Mit einem Tarif auf Rädern wollen wir die kalte Progression dauerhaft abschaffen. Das entlastet die Steuerzahler um jährlich 2 Milliarden Euro.

Wir wollen den Arbeitnehmer-Pauschbetrag erhöhen und damit das Steuersystem vereinfachen.

Mit einer Anhebung des Freibetrags von 1.000 Euro auf 1.200 Euro senken wir den Aufwand bei der Steuererklärung, bauen Bürokratie ab und schaffen eine jährliche Steuererleichterung von bis zu 90

Euro für den einzelnen Arbeitnehmer. Insgesamt bewirkt die Anhebung eine Entlastung von 1,2 Milliarden Euro pro Jahr.

Keine Steuererhöhungen.

Das haben wir 2013 als einzige politische Kraft gesagt und das haben wir gegen linke Parteien durchgesetzt. Dieses Versprechen erneuern wir. Keine Steuererhöhungen in der nächsten Legislaturperiode, das heißt auch, keine Wiedereinführung der Vermögensteuer, wie es die Grünen wollen und keine Verschärfung der Erbschaftsteuer, wie es die SPD will.

Bayern schuldenfrei 2030.

Bayern wird das erste schuldenfreie Land. Wir lösen unser Versprechen ein und machen Bayern bis 2030 schuldenfrei. Wir haben bisher über 3 Milliarden Euro an Altschulden getilgt. Das sind über zehn Prozent der Schulden im allgemeinen Staatshaushalt Bayerns. Mit der Schuldentrückzahlung spart Bayern ab 2030 über 1 Milliarde Euro an Zinszahlungen jährlich. Wir wollen auch in den nächsten Jahren kräftige Schritte zur Entschuldung Bayerns machen. Die Entschuldung Bayerns ist ein epochaler Schritt für die Generationengerechtigkeit und für die Solidität von Staatsfinanzen.

Länderfinanzausgleich fair machen: Wir wollen die Bayernmilliarde.

Wir wollen einen fairen Länderfinanzausgleich. Das jetzige System ist aus dem Ruder gelaufen. Wir sagen Ja zur Solidarität mit schwächeren Ländern, aber wir sagen Nein zu einem unfairen System. Bayern zahlt mit über 5 Milliarden Euro pro Jahr allein mehr als die Hälfte des gesamten Länderfinanzausgleichs – Tendenz steigend. Das darf nicht so bleiben. Wir wollen einen Länderfinanzausgleich, der Leistung nicht bestraft und Anreize für die Nehmerländer zu mehr Haushaltsdisziplin setzt. Es liegt ein gemeinsamer Vorschlag aller Länder vor, der Bayern dauerhaft insgesamt um mehr als 1 Milliarde Euro jährlich entlastet. Wir wollen, dass dieser Vorschlag umgesetzt wird.

Wir wollen in Bayern über die Erbschaftsteuer selbst bestimmen können.

Es geht uns dabei um den Erhalt mittelständischer und familiengeprägter Unternehmen und der damit verbundenen Arbeitsplätze. Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer steht den Ländern zu. Deshalb sollen die Länder auch über die Höhe der Erbschaftsteuer bestimmen können. Wir wollen die Erbschaftsteuer in Bayern halbieren.

Wir wollen eine Wohnungsmilliarde im Kampf gegen die Wohnungsnot.

Wir brauchen kräftige Schritte zur Bekämpfung der Wohnungsnot in Deutschland.

Wohnungsmangel und hohe Mietpreise bekämpft man am besten mit dem Bau von mehr

Wohnungen. Wir wollen die degressive Abschreibung für Mietwohnungsbauten flächendeckend wieder einführen. Das bedeutet insgesamt eine Förderung von einer Milliarde in drei Jahren. Das ist die kräftigste Investitionsförderung für den Wohnungsbau seit Jahren.

Mehr Eigenheime für Familien.

Junge Familien haben ein Recht auf die eigenen vier Wände. Wer eine Familienwohnung erwirbt, soll vom Staat in den ersten 10 Jahren mit 1.200 Euro pro Kind jährlich gefördert werden. Für junge Familien mit zwei Kindern bedeutet das eine Förderung von bis zu 24.000 Euro. Wir wollen außerdem ein Familienbaudarlehen einführen, damit auch Klein- und Mittelverdiener die Chance auf ein Eigenheim haben. Dabei wird für jedes Kind ein Teil der Darlehenssumme erlassen. Daneben fördern wir im Bayerischen Wohnungsbauprogramm und im Bayerischen Zinsverbilligungsprogramm vor allem für junge Familien das Schaffen von Eigenwohnraum. Die Förderung erfolgt dabei zum einen durch einen Zuschuss von 2.500 Euro je Kind im Bayerischen Wohnungsbauprogramm und zum anderen durch im Zins verbilligte Darlehen in beiden Programmen. Junge Ehepaare und Familien mit Kindern finden bei der Berechnung der Einkommensgrenzen gesonderte Berücksichtigung.

Bargeld darf nicht abgeschafft werden.

Bargeld ist gedruckte und geprägte Freiheit. Der Staat darf seinen Bürgern nicht die Freiheit nehmen, wie sie bezahlen wollen. Wir sagen nein zur Abschaffung des Bargelds.

Wir fordern die Abkehr von der schrankenlosen Nullzinspolitik.

Die anhaltende Nullzinspolitik der EZB hat katastrophale Auswirkungen für die Sparguthaben und die Altersvorsorge. Sie muss ein Ende haben. Es ist falsch, wenn der Konsum belohnt und Sparen bestraft wird.

Menschen mit niedrigem Einkommen nicht von Krediten ausschließen.

Die bestehende Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie führt dazu, dass vor allem ältere Menschen mit kleiner Rente oder Menschen mit geringem Einkommen keinen Kredit bekommen, obwohl sie über ausreichend Vermögen oder Eigentum verfügen. Viele ältere Menschen können deswegen zum Beispiel ihren Hausumbau nicht finanzieren. Das ist eine unsoziale Auswirkung dieses Gesetzes, die beseitigt werden muss.